

Grundwissen Geschichte in der 8. Klasse

Die Französische Revolution und Napoleon	
14. Juli 1789 1806	Beginn der Französischen Revolution Ende des Heiligen Römischen Reichs
Aufklärung	Die Aufklärung war eine europaweite geistige Bewegung des 18. Jahrhunderts. Man ging davon aus, dass jeder Mensch Vernunft besitzt und auch fähig ist, diese zu benutzen. Die Grundsätze der Aufklärung lauten: „Habe Mut, dich deines Verstandes zu bedienen!“ [Immanuel Kant] sowie „Cogito ergo sum“ (= Ich denke, also bin ich.) [René Descartes]. Ihre wichtigsten Vertreter waren neben Kant und Descartes auch Montesquieu, Rousseau und Voltaire.
Bürgertum	Sammelbezeichnung für die Vertreter des vierten Standes (neben dem Klerus, dem Adel und dem Bauerntum). Bürger sind Bewohner einer Stadt. Zu ihnen gehören Händler, Handwerker, Ärzte und Rechtsanwälte.
Gewaltenteilung	Nach Montesquieu sollte die Staatsgewalt in drei Bereiche geteilt werden: Legislative, Exekutive und Judikative. Jeder wird auch ein Organ zugeordnet: das Parlament, die Regierung und die Gerichte. Sie sollten unabhängig voneinander sein.
Kaisertum Napoleons	Nach dem Staatsstreich von 1799 baute Napoleon eine Militärdiktatur aus und krönte sich 1804 in Paris zum Kaiser. Er stützte sich auf die Zustimmung der nach den Unruhen der Französischen Revolution verunsicherten Bevölkerung. Im Code civil verankerte er die wichtigsten Ergebnisse der Revolution, z. B. die Gleichheit vor dem Gesetz, die Religionsfreiheit und das Recht auf Eigentum. Durch die Erhebung verdienter Generäle in den Fürstenstand erneuerte er den Adel. Mit Hilfe einer durchorganisierten Verwaltung und eines verzweigten Spitzelsystems führte er ein strenges Regiment. Um einer Bedrohung Frankreichs durch das Deutsche Reich zuvorzukommen, initiierte er die Gründung des Rheinbundes, eines Bundes von mit Frankreich verbündeten Staaten, u. a. von Bayern. Dies führte schließlich zur Auflösung des Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation 1806.

Grundwissen Geschichte in der 8. Klasse

	<p>Der Untergang der Großen Armee im Krieg gegen Russland 1812 zeigte, dass er nicht unbesiegbar war. Nach der Völkerschlacht bei Leipzig 1813 und der Schlacht bei Waterloo 1815 bzw. seiner Verbannung auf St. Helena ging seine Herrschaft zu Ende.</p>
Menschenrechte	<p>Menschenrechte sind Rechte, die jedem einzelnen zustehen sollten. Ihr Ursprung beruht auf Ideen der Aufklärung. Die wichtigsten sind: die Glaubens-, Presse- und Versammlungsfreiheit, die Unverletzlichkeit der Person, der Wohnung und des Eigentums.</p>
Montgelas	<p>Maximilian Graf v. Montgelas war von 1799 bis 1817 Minister unter dem bayerischen Kurfürsten und späteren König Maximilian I. Die Säkularisation und die Mediatisierung sowie mehrere Bündniswechsel ermöglichten ihm als Außenminister, an der Entstehung des bayerischen Territorialstaates mitzuwirken. Als Minister für innere Angelegenheiten und Finanzen modernisierte er die Verwaltung sowie das Finanz- und Steuerwesen. Als Vorbild galt Frankreich unter Napoleon.</p>
Nation	<p>Menschen mit gemeinsamer Sprache und Geschichte sowie mit ähnlichen Traditionen und Zielen, die sich zu einer politischen Gemeinschaft zusammenfinden, werden als Nation bezeichnet.</p>
Nationalismus	<p>Der Nationalismus ist ein politisches Weltbild, das im 19. Jh. aus der Übertreibung der Nationalidee entstand. Der Nationalismus sieht vor allem die nationale Identität als wichtigstes Kennzeichen des Individuums an.</p> <p>Eine Verbreitung fand der Nationalismus in den deutschen Ländern während der Befreiungskriege (1813-15), als unter preußischer Führung immer mehr Länder sich dem antinapoleonischen Bündnis anschlossen.</p>
Verfassung	<p>Die Verfassung ist das wichtigste Gesetz eines Landes. Sie regelt u. a. die Staatsform (z. B. Monarchie, Republik), den Aufbau des Staates (zentralistisch, föderalistisch) sowie die Rechte und Pflichten der staatlichen Organe und der Staatsbürger.</p>

Grundwissen Geschichte in der 8. Klasse

Volkssouveränität	Volkssouveränität bedeutet, dass alle Macht vom Volk ausgeht, also die Herrschaft vom Volk direkt (direkte Demokratie) oder indirekt (repräsentative Demokratie) ausgeübt wird.
--------------------------	---

Restauration und Revolution in Deutschland	
1815 1832 1848/49	Wiener Kongress Hambacher Fest Revolution in Deutschland
Deutscher Bund	Der Deutsche Bund war ein 1815 auf dem Wiener Kongress gegründeter Staatenbund. Er war ein lockerer Zusammenschluss von 35 souveränen Fürstentümern und 4 freien Städten. Seine größten Mitglieder waren Preußen und Österreich. Letzteres war nur mit seinen deutschen Gebieten beteiligt. Sein wichtigstes Organ war die aus den Gesandten der Mitgliedsstaaten bestehende Bundesversammlung. Ihre Entscheidungen mussten entweder mit Zweidrittelmehrheit oder einstimmig getroffen werden – deshalb erwies sie sich meist als handlungsunfähig.
Liberalismus	Der Liberalismus ist eine geistige und politische Bewegung, die davon ausgeht, dass jeder frei und für sich selbst verantwortlich sein soll. Deshalb wendet er sich gegen den staatlichen Einfluss auf das Leben der Bürger sowie auf die Wirtschaft und fordert die Gleichberechtigung aller. Das Zeitalter des Liberalismus umfasst das 18. und 19. Jahrhundert, als sich die Ideen der Aufklärung und der Französischen Revolution ausbreiteten.

Grundwissen Geschichte in der 8. Klasse

Politik, Gesellschaft und Wirtschaft in Deutschland 1850 bis 1914	
1871	Reichsgründung
Industrielle Revolution	Sie ist eine schnelle technische, wirtschaftliche und soziale Veränderung als Folge einer raschen Industrialisierung. Sie kennzeichnet den Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft. Die industrielle Revolution setzte zuerst in Großbritannien ab der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, in Deutschland ca. hundert Jahre später ein. Die Erfindung der Dampfmaschine, der Spinnmaschine und der Eisenbahnbau beschleunigten die Industrialisierung. Sie bewirkten eine höhere Wirksamkeit der Produktion und somit die Abwanderung der landlosen Bevölkerung in die Städte. Dort trat an Stelle handwerklicher Güterherstellung die industrielle Massenproduktion durch Maschinen in Fabriken. Die Arbeitsbedingungen und die Ungleichheit der Arbeiter gegenüber den Kapitalbesitzern warf die soziale Frage auf.
Soziale Frage	Sie entstand im Zuge der Industriellen Revolution. Wegen der sozialen Missstände wurde die Frage gestellt, wie man den Arbeitern ein menschenwürdiges Leben in Freiheit und materieller Sicherheit gewährleisten kann. Infolge der Industrialisierung verarmten große Teile der Bauern und Handwerker. Sie strömten in die Städte, wo sie sich ein besseres Leben als Lohnarbeiter erhofften. Die rasant wachsenden Ballungsräume, die Mietskasernen und die unmenschlichen Arbeitsbedingungen führten zu sozialen Unruhen und zur Entstehung der Arbeiterbewegung.
Arbeiterbewegung	Zusammenschluss von Arbeitern in Vereinen, Gewerkschaften und Parteien vor allem in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Dadurch wollten die Arbeiter ihre soziale Lage verbessern, die politische Gleichberechtigung und eine sozialistische Wirtschaft anstelle der kapitalistischen erkämpfen.
Sozialismus	Sie ist eine Gesellschaftsordnung, in der sämtlicher Privatbesitz (Produktionsmittel, Grund und Boden sowie Kapital) der Gesellschaft gehört. Man glaubte, auf diese Weise die Ausbeutung der Arbeiter beenden und soziale Gleichheit herstellen zu können. Der Sozialismus wurde als Vorstufe zum Kommunismus angesehen. Als seine Väter gelten Karl Marx und Friedrich Engels.

Grundwissen Geschichte in der 8. Klasse

Deutsches Kaiserreich	So wird das Deutsche Reich von 1871 bis 1918 genannt. Das Deutsche Reich wurde nach dem Krieg gegen Frankreich 1871 unter Kaiser Wilhelm I. wieder geeint. Deutschland wurde zur konstitutionellen Monarchie, denn die Macht des Kaisers wurde durch die Verfassung eingeschränkt. Da das Heilige Römische Reich Deutscher Nation von 962 bis 1806 als erstes und das Deutsche Kaiserreich von 1871 bis 1918 als zweites Reich galt, bezeichneten die Nationalsozialisten Deutschland als Drittes Reich.
Bismarck, Otto von	Deutscher Politiker, mit dessen Namen die Gründung des Deutschen Kaiserreichs verbunden ist. 1862 wurde er preußischer Ministerpräsident und kämpfte als Vertreter des preußischen Adels gegen die Liberalen im sog. preußischen Verfassungskonflikt. 1870 wurde er Kanzler des Deutschen Kaiserreichs. In seiner Außenpolitik betonte er die Satiiriertheit des Reiches und strebte die Isolation Frankreichs an. 1890 wurde er von Kaiser Wilhelm II. zum Rücktritt gezwungen.
Reichstag	Organ der Legislative im Kaiserreich. Die Abgeordneten wurden in allgemeiner, gleicher, direkter und geheimer Wahl von Männern über 25 Jahren gewählt. Die Aufgabe des Reichstags bestand in der Gesetzgebung, insbesondere in der Verabschiedung des Haushaltes (Budgetrecht). Kanzler und Staatssekretäre waren bis 1918 nicht ihm, sondern dem Kaiser verantwortlich, d. h. der Reichstag konnte die Regierung nicht abwählen.
Parteien	Sie sind Zusammenschlüsse von Bürgern mit ähnlichen politischen und sozialen Vorstellungen, um diese Interessen in den Volksvertretungen zur Geltung zu bringen. Ihre Vorgänger entstanden in der Paulskirche. Im Deutschen Kaiserreich (und in der Weimarer Republik) gab es vier Parteigruppen: Rechts standen die Konservativen (Adel und Großbürgertum), in der Mitte die Liberalen (Fortschrittliche in Opposition, Nationalliberale in Bündnis mit Bismarck) und links die Sozialisten (Arbeiter, z. B. SPD). Das Zentrum stellte eine Ausnahme dar, denn es umfasste die Katholiken aus <i>allen</i> Gesellschaftsschichten.

Grundwissen Geschichte in der 8. Klasse

<p>Kulturkampf</p>	<p>Auseinandersetzung zwischen dem Deutschen Kaiserreich und der katholischen Kirche von 1873 bis 1878. Im Unfehlbarkeitsdogma der Kirche sah Bismarck eine Gefahr für die Loyalität der katholischen Bürger zum Staat. Deshalb ließ er mit Unterstützung der Liberalen Gesetze verabschieden, die die Rechte der kath. Kirche beschnitten. Der Kampf wurde beigelegt, weil er sein Ziel, die Schwächung der Zentrumspartei, nicht erreicht hat. Nach 1878 blieben vier Gesetze erhalten: die staatliche Schulaufsicht, die Zivilehe als ausschließlich gültige Ehe, der Kanzelparagraph und das Verbot des Jesuitenordens.</p>
<p>Sozialistengesetz</p>	<p>Das Gesetz von 1878 sollte die Arbeit der Sozialdemokratie durch Versammlungs-, Organisations- und Publikationsverbot unmöglich machen. Die SPD selbst wurde nicht verboten. Das Gesetz wurde nach Bismarcks Entlassung aufgehoben. In diesem Zeitraum konnte die Partei ihre Wählerstimmen verdreifachen – das Gesetz erreichte also ihr Ziel nicht.</p>
<p>Sozialgesetzgebung</p>	<p>Durch die Einführung der Kranken-(1883), Unfall-(1884), Invaliden- und Altersversicherung (1889) versuchte Bismarck die Arbeiterschaft an den Staat zu binden und von der SPD fernzuhalten. Der Staat kam zudem seiner sozialen Verantwortung nach.</p>

Imperialismus und Erster Weltkrieg

<p>1914-1918 1917</p>	<p>Erster Weltkrieg Russische Revolution (Oktoberrevolution)</p>
<p>Imperialismus</p>	<p>Er bedeutet die meist gewaltsame Herrschaft eines Industriestaates über ein anderes Land. Angetrieben von Machtstreben, kulturellem Sendungsbewusstsein (Sozialdarwinismus) und wirtschaftlichen Interessen drangen von ca. 1870 bis 1918 die Kolonialmächte (europäische Staaten und die USA) in asiatische und afrikanische Gebiete ein, um diese auszubeuten.</p>

Grundwissen Geschichte in der 8. Klasse

Kommunismus	Er bezeichnet eine utopische Gesellschaftsordnung, auch als Bolschewismus bekannt. Er basiert auf der Abschaffung des Privateigentums und der staatlich gelenkten Wirtschaft. Nach Karl Marx sollten in ihm die klassenlose Gesellschaft und somit die letzte Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung (nach dem Sozialismus) erreicht werden. Verwirklicht wurde er nach der Oktoberrevolution 1917 in Russland u. a. von Lenin und später Stalin, die durch ihre Terrorherrschaft fast alle gesellschaftlichen Unterschiede verschwinden und auf einem elenden Niveau einebnen ließen. Mitglieder der Kommunistischen Partei genossen jedoch Privilegien.
Vertrag von Versailles	Der Friedensvertrag zwischen Deutschland und der Entente wurde am 28. Juni 1919 unterzeichnet. Er ging davon aus, dass Deutschland die alleinige Schuld am I. Weltkrieg trage (Art. 231). Deutschland verlor etwa 13% des Staatsgebietes und 10% seiner Bevölkerung. Das Ziel des Vertrages war die dauerhafte Schwächung von Deutschland. Da er von einem SPD- und einem Zentrumspolitiker unterzeichnet wurde, beschuldigte die politische Rechte die Vertreter der demokratischen Parteien des Landesverrates. Dies ließ die Spaltung der politischen Landschaft der Weimarer Republik bereits erkennen. Den Vertrag lehnten jedoch alle Parteien – bis auf die Kommunisten – als „Schmachfrieden“ bzw. „Diktatfrieden“ ab.

Methodenkompetenz

Beherrschen von Fertigkeiten und Methoden	<ul style="list-style-type: none">• selbstständiges Arbeiten mit schriftlichen Quellen• Beschreiben und Analysieren von Bildquellen• kritisches Nutzen von Internet und fachspezifischer Software• differenziertes Auswerten und Interpretieren von Graphiken, Statistiken und Karten• Präsentieren selbst erarbeiteter Ergebnisse• Einsicht in den Gegenwartsbezug historischer Ereignisse und Prozesse• Bewusstsein für die Entwicklung und Bedeutung demokratischer Ordnungsvorstellungen
--	--

Erstellt von Marie Gloßner, Nadja Hunderkäß, Susanne Molda, Lisa Ntomos, Niklas Reutelhuber und Sarah Reutner 8a, redigiert von Dr. Peter Durucz 2013.